

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 38

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Broth-Strasse. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 16. September 1916

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
pareilzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzuflecken).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

30. Jahrg.

Treue Mitarbeit.

Wie in allen Berufen, hat der Krieg auch in unsere Reihen große Lücken gerissen, und immer größer wird die Zahl derer, die zu den Fahnen gerufen werden. Mehr denn je braucht deshalb unsere Organisation die treue, opferbereite Mitarbeit derjenigen Berufskollegen, die am häuslichen Herd verbleiben können; denn es gilt, überall die Lücken auszufüllen und in den Hunderten von Orten, wo unser Verband festen Fuß gefaßt hat, seine Fortdauer aufrechtzuerhalten.

Wohl wissen wir, daß unsere alten, treuen Verbandsmitglieder die Hoffnung nicht sinken lassen, daß die Organisation diese furchtbare Kriegszeit zu überwinden imstande ist, und unter den schwierigsten Umständen suchen sie hochzuhalten, was sie selbst unter den größten persönlichen Opfern Jahre hindurch erstrebt und aufgebaut haben. Noch dieser Tage schrieb an den Vorstand ein Kollege aus einer Filiale, von der über zwei Drittel der Mitglieder ins Meer eingetrichtert sind: Das einzige, das unsere Kraft nicht erlahmen läßt, das uns zu immer neuer Arbeit spornet, ist der Gedanke an die Verantwortung, die wir gegen die draußen stehenden Kollegen haben, und der Wunsch und die Hoffnung auf einen baldigen Frieden.

Reider stehen aber immer noch Tausende von Berufsangehörigen gleichgültig und teilnahmslos ihrer Berufsorganisation gegenüber. Sie nehmen wohl teil an den Früchten und Verbesserungen, die ihre organisierten Mitkollegen durch jähre Ausdauer und stetes Kämpfen mühsam errungen, aber selbst rühren sie keine Hand und scheuen selbst in so ernsten Zeiten wie der jetzigen, wo ihnen jede Stunde aufs deutlichste zeigt, daß nur durch ehernen, festen Zusammenschluß, durch gemeinsames kameradschaftliches Streben das gesteckte Ziel zu erreichen ist, vor der dringenden, notwendigsten Pflichterfüllung zurück: Anschluß an die Organisation! Und trotzdem dürfen wir in unserm Bestreben, die noch außerhalb unserer Reihen Stehenden zu gewinnen, nicht nachlassen. So schwierig und oft auch entmutigend diese Aufgabe ist, immerwährend muß im Verbandsleben auf die Gewinnung neuer Mitglieder das größte Gewicht gelegt werden. Die Agitationsarbeit darf niemals ruhen. Die verschiedensten Wege müssen eingeschlagen werden, je nachdem die örtlichen Verhältnisse liegen, wenn nur ein Erfolg zu erhoffen ist. Und daß auch während des Krieges eine andauernde planmäßige Agitationsarbeit von Erfolg gekrönt ist, beweisen uns die Resultate aus einer Reihe von Filialen und Zahlstellen.

Die Pflicht der Selbsterhaltung erfordert schon, daß die Lücken in den Mitgliederreihen soweit wie möglich ersetzt werden, daß unser Verband nach dem Kriege festgliedert dasteht. Nicht umsonst sollen unsere Brüder draußen so unermeßliche Opfer gebracht und so bittere Leiden ertragen haben. Sie werden bei ihrer Wiederkehr von den Daheimgebliebenen Rechenschaft verlangen, ob auch sie in den Tagen der Not und der Gefahr ihre Schuldigkeit getan, sich den anvertrauten Arbeiten würdig erwiesen haben. Darum ist es die wichtigste Aufgabe aller Berufskollegen, alle Kräfte für die Aufrechterhaltung und Stärkung des Verbandes einzusetzen.

Jeder erfülle seine Pflicht!

gewesen war. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß im jetzt laufenden Jahre gegenüber 1915 die Arbeitslosigkeit früher merkbar einsetzte — im März gegenüber dem April — und nach dem frühsummerlichen Abflauen sich bereits im August gegenüber dem September nochmals stärker zeigte. Natürlich müssen zunächst die Vorbehalte, die wir schon in mehreren früheren unserer Berichte über die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder in den einzelnen Monaten machten, auch weiter aufrechterhalten werden. Insbesondere dürfte die Arbeitslosigkeit, wenn wir auch die unorganisierten Kollegen miteinrechnen würden, relativ wesentlich größer sein.

Die berichtenden Filialen haben diesmal um 2 und die von ihnen erfaßten Mitglieder um 65 zugenommen. Arbeitslos waren von den erfaßten 8417 Mitgliedern 117, also wie schon oben festgestellt, 1,39 pSt. — Es folgt hier die Zusammenstellung der hauptsächlichsten Ziffern aus unserer Arbeitslosenstatistik seit Januar vorigen Jahres:

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Monatschluß		Arbeitslose Mitglieder am Schluß der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose am Schluß der letzten Monatswoche	
	1915	1916	1915	1916	1915	1916	1915	1916
Januar ..	107	119	15349	9197	2694	647	17,55	7,08
Februar ..	118	118	16112	9081	2447	449	15,18	4,94
März ..	111	115	14200	8802	753	150	5,29	1,82
April ..	94	105	12802	8727	238	179	1,84	2,05
Mai ..	118	120	13963	8748	314	181	2,25	2,07
Juni ..	120	118	18402	8650	429	176	3,20	2,08
Juli ..	129	118	18849	8882	509	187	2,81	2,24
August ..	121	115	11485	8417	286	117	2,39	1,89
Septbr. ..	110	—	10820	—	141	—	1,30	—
Oktober ..	114	—	10247	—	351	—	3,36	—
November ..	119	—	10015	—	434	—	4,33	—
Dezember ..	122	—	8540	—	696	—	7,27	—

Folgende Filialen sandten die statistischen Karten nicht beziehungsweise nicht rechtzeitig ein: Weuthen, Brandenburg, Cuxhaven, Graubenz, Frieberg, Greifswald, Gamm, Hof, Jungsstadt, Landsberg, Naumburg, Nordhausen, Prenzlau, Weiba.

Tagung für Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Unserm Bericht in der letzten Nummer des „Verbands-Anzeiger“ über die Sondertagung der Vertreter der Gewerkschaften der verschiedensten Richtungen anlässlich der Tagung für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Cöln lassen wir hier einen Bericht über die dreitägige Konferenz des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge folgen, die vom 23. bis 25. August stattfand. Für die Kriegsbeschädigten zu sorgen, ist neben der Fürsorge für die Hinterbliebenen der durch den Krieg Verstorbenen eine der bedeutendsten Aufgaben aller sozial wirksamen Volkskreise, aller Faktoren des öffentlichen Lebens und der beruflichen Organisationen. Sie muß befruchtet werden durch das Gefühl einfachster Menschlichkeit und dem Interesse an dem Wohlergehen unseres Volksganzen, hinter das der einzelne seine Interessen zurückzustellen hat; aber auch durch praktischen Sinn, der sich nicht mit der Versicherung des Dankes und in Neuforderungen des Mitleids gegenüber den Opfern des Krieges erschöpft. Die Kriegsbeschädigten haben ein Recht, zu fordern, daß alle nur möglichen Mittel eingesetzt werden, damit ihnen nach bestem Können die Gesundheit wiedergegeben und sie für einen bürgerlichen Erwerb fähig gemacht werden. Es muß ihnen die Einbuße an Erwerbsfähigkeit ersetzt und die Möglichkeit gegeben werden, sich in der menschlichen Gemeinschaft wieder als vollgültige Glieder zu fühlen und zu betätigen. Und da kann gesagt werden: die Cölnener Tagung hat im allgemeinen gezeigt, daß diese Aufgaben in weiten Kreisen richtig erfaßt werden und mit beigetragen haben, daß die Sache der Kriegsbeschädigten in den maßgebenden Organisationen der verschiedensten Art wirkungsvoll gefördert wird. Sie ist ein Appell an die Allgemeinheit gewesen, an dem großen Werk tatkräftig mitzuarbeiten.

Bei der Fülle des in nicht weniger als 17 gut durchgearbeiteten Referaten und dazwischen stattgefundenen Aussprachen behandelten Beratungstafeln und der vielen überaus wertvollen Anregungen, die jedem einzelnen der über 1000 anwesenden Besucher aus den verschiedensten Volkskreisen gegeben wurde, kann an dieser Stelle leider nur ganz kurz berichtet werden.

Die Verhandlungen wurden eingeleitet mit einem Tätigkeitsbericht des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge durch dessen Vorsitzenden, Landesdirektor b. Winterfeld. Der Reichsausschuss wurde am

16. September 1915 begründet als eine Zentralfstelle, die sich die Wahrung der gemeinsamen Interessen aller Bürger stellen zum Ziele setzt. Das Reichsamt des Innern ist durch einen Reichskommissar und die Bundesstaaten mit je einer Stimme vertreten. Eine Reichsgeschäftsstelle erledigt die geschäftlichen Arbeiten, und zehn Sonderausschüsse teilen sich in die Beratung und Vorbereitung der großen und zahlreichen Arbeitsgebiete. Sie befassen sich mit den Fragen der Zuständigkeit, der Gesetzgebung, der Kostentragung, der Statistik, der Heilbehandlung, der Berufsberatung, der Schulung und Werkstätten, der Arbeitsbeschaffung, der Lohnung, der Rentenbemessung und Kapitalabfindung und der Pressepropaganda. Die Arbeit ist eine gewaltige, aber auch die Mitarbeit aus allen Ständen und Berufen ohne Parteunterschied sei erhellend.

Hierauf sprach Oberregierungsrat im Staatsministerium des Innern Dr. Schwenker (München) über „Die bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Gesetzgebung“. Die Hauptgrundlage der gesetzlichen Fürsorge beruht auf dem Offizierspensions- und dem Mannschaffsverordnungsgesetz. Es sei in erster Linie Aufgabe der bürgerlichen Fürsorge, unter den Kriegsbeschädigten Aufklärung über die verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen zu verbreiten und weiter auf den Ausbau der Gesetzgebung hinzuwirken. Der Reichsausschuss habe diese Aufgabe erkannt, das ergebe sich aus der Bildung eines Sonderausschusses für Gesetzgebung und Verordnungen. In einzelnen Punkten habe der Reichsausschuss bereits eine Ergänzung des Mannschaffsverordnungsgesetzes verlangt. Weiter sei er bestrebt, zu erlangen, daß die Entscheidung über den ursächlichen Zusammenhang und die Kriegsbeschädigung den obersten Militärbehörden entzogen und einer besonderen Spruchbehörde übertragen würde, und daß diese Spruchbehörde in die Oberversicherungsämter in Rentenfragen angegliedert werden.

Professor v. Strebel (Stuttgart) sprach über die Frage: „Landwirtschaft und Kriegsbeschädigtenfürsorge“. Es sei scharf zu verurteilen, so betonte er, wenn versucht würde, die als Ehrenlohn gewährte Rente auf den Arbeitslohn der Kriegsbeschädigten anzurechnen. Dann untersuchte er eingehend die Umstände, die für die Wiederverwendung Kriegsbeschädigter Landwirte in ländlichen Betrieben sprechen. Er forderte die Sammlung von Kriegsbeschädigten Landwirten in Lazaretten, die mit landwirtschaftlichen Betrieben verbunden sind.

Dann folgten Vorträge über ländliche und städtische Siedelung, und zwar des Regierungspräsidenten von Schwertin (Frankfurt a. d. O.) und des Geheimrats Dr. Dornburg (Berlin). Diese Vorträge boten überaus wertvolle Anregungen. Der erste Redner betonte, daß der Reichstag in einer Resolution gefordert habe, daß in allen Bundesstaaten die Ansiedelung von Kriegsbeschädigten nach Möglichkeit auf Grund des Kapitalabfindungsgesetzes erleichtert werde. Die vermehrte ländliche Ansiedelung werde aber auch eine Rückwirkung auf die städtische Wohnweise ausüben. Besonders im Interesse der vermehrten Nahrungsmittelherzeugung, namentlich des Kartoffelbaues, sei ein starkes Anwachsen der ländlichen Kleinbesiedelungen durch das Kapitalabfindungsgesetz durch die Kriegsbeschädigten zu wünschen. Auch auf die Bevölkerungsprobleme sei hierdurch eine günstige Einwirkung zu erwarten, damit das platte Land auch in Zukunft der starke Rückhalt für unsern Bevölkerungszuwachs bleibe.

Der frühere Staatssekretär Dr. Dornburg hob hervor, die städtische Siedelung müsse sich im allgemeinen den städtischen Wohnreformen anpassen. Deshalb müsse auch ganz besonders mit Rücksicht auf die Kriegsbeschädigten die Forderung auf eine die Volkskraft stärkende Wohnungserneuerung wiederholt werden. Redner legte im einzelnen diese Forderungen dar, die sich auf weiträumige Bebauungspläne, strengere Bauordnung im Interesse von Licht und Luft, Kinderspielplätze, und auf eine durch die Selbstverwaltungsgorgane unter Mithilfe von Mietern und Vermietern eingerichtete zielbewusste Wohnungsinpektion erstrecken. Wo die private Bautätigkeit nicht genügt, muß der gemeinnützige Wohnungsbau gefördert werden; dabei sind dann die Kriegsbeschädigten in zu bildende oder bereits bestehende Genossenschaften zuzulassen, selbst dann, wenn sie nicht denjenigen Klassen angehören, denen die einer solchen Genossenschaft gewährte öffentliche Unterstützung vorbehalten war. Zum Begriff städtische Siedelung gehörten auch vorstädtische Siedelungen, sofern der Schwerpunkt des Erwerbs in der Stadt liege und nicht auf der Nutzung aus eigenem Grund und Boden. In dieser Hinsicht habe der Reichsausschuss eine Reihe von Leitlinien über wünschenswerte gesetzliche Maßnahmen (Reichswohnungsgesetz, Beschaffung von Bauland, verminderte Anforderung an die Ausgestaltung der Straßen) aufgestellt. Unzweckmäßig sei es, die Kriegsbeschädigten in besondern Kolonien unterzubringen. Andererseits müsse alles, was dem Kleinhaus und der vorstädtischen Lage zugute kommt, den Kriegsbeschädigten

Die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder im Monat August 1916.

Im August ist die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder recht erheblich zurückgegangen, von 2,24 auf 1,39 pSt. Das ist in diesem Jahre der tiefste Stand, der übrigens seit Beginn des Vorjahres nur einmal, im September 1915, mit 1,30 pSt. erreicht wurde. Im Vorjahre wies der August noch 2,29 pro 100 Mitglieder Arbeitslose auf, ein Stand, der auch im vorhergegangenen Monat fast der gleiche

zuziehen, wie alle technischen Fortschritte, die etwa aus den Arbeiten der Ausschüsse entspringen, auch des Wohnungswesens im allgemeinen. Die Darlegungen schlossen mit einer lebhaften und zweifellos sehr zeitgemäßen Aufforderung an die Verursacher, die Frage der Verbesserung des Wohnungswesens mit dem größten Eifer unter Aufwendung irgendwie verfügbarer Geldmittel zu betreiben und zu beschleunigen, zumal in den jetzigen Verhältnissen Umstände liegen, die nicht eine Verstärkung unserer Volkskraft und eine größere Geburtenziffer, also keine steigende Volksvermehrung erwarten lassen, sondern eher das Gegenteil. Fragen des städtischen Wohnungswesens spielen hierbei eine ausschlaggebende Rolle.

An der Aussprache beteiligten sich Vertreter der Bodenreformer, des privaten Grundbesitzes, des Bundes der Landwirte, teils aufklärend, teils gegeneinander von ihrem besonderen Standpunkt aus polemisierend. Außerdem brachte der Reichstagsabgeordnete Wels für die vertretenen Arbeiterverbände zum Ausdruck, daß die Anregungen des Reichsausschusses an die Fürsorgestellten, die Vertreter von Arbeitern neben solchen der Arbeitgeber paritätisch sich an der Fürsorgearbeit zu beteiligen, bei diesen unteren Instanzen wenig Beachtung fanden.

Der zweite Beratungstag des Reichsausschusses brachte fünf Referate sowie eine umfangreiche Diskussion. Die ersten zwei Vorträge behandelten ärztliche Erfahrungen. Oberstabsarzt Dr. Rebenisch (Offenbach) sprach über die ärztliche Fürsorge für die Kriegsverwundeten, und Professor Dietrich (Berlin) über die ärztliche Fürsorge für die Kriegskranken. An dritter Stelle behandelte Bürgermeister v. Hollander (Mannheim) die Hinterbliebenenfürsorge, zumeist im verwaltungsmäßigen Sinne.

Dann folgten zwei sehr beachtenswerte Vorträge von Düttendirektor Probst (Düsseldorf) und Reichstagsabgeordneten Legien (Berlin) über „Die Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Industrie“. Herr Probst gab einen sehr sachlichen Überblick über die wirtschaftlichen und technischen Maßnahmen der Industrie zur Förderung dieser Fürsorge. Durch Preisaus schreiben des Vereins deutscher Ingenieure wurden Verbesserungen der Ersatzglieder erzielt und deren fabrikmäßige Herstellung aufgenommen, Prüfstellen für Ersatzglieder eingerichtet und Lazarettwerkstätten organisiert. Für Kriegsbeschädigte wurden Arbeitsplätze freigemacht. Den Fragen der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung wende die Industrie ihre volle Aufmerksamkeit zu.

Genosse Legien gab der Erwartung Ausdruck, daß es gelingen werde, die Kriegsbeschädigten in großer Zahl wieder erwerbsfähig zu machen und sie in geeignete Arbeitsplätze zu bringen. Bei der Berufsberatung sei die Mitwirkung von Fachleuten nicht zu entbehren, sowohl von Arbeitgebern als auch von Arbeitern. Als zweckmäßige Form seien die Arbeitsgemeinschaften zu empfehlen. Die Gewerkschaften dürften bei der Fürsorgearbeit nicht ausgeschaltet werden; denn nur unter ihrem Einfluß könne der Kriegsbeschädigte der Vorteile der organisierten Arbeit, der Lohnregelung, teilhaftig werden, ohne selbst in Kämpfe mit den Arbeitgebern eintreten zu müssen. Der Lohn müsse den Kriegsbeschädigten nach ihrer Leistung bemessen werden; die Rente dürfe keinesfalls auf den Lohn angerechnet werden. Ihre volle Leistungsfähigkeit habe die Kriegsbeschädigtenfürsorge erst nach Abschluß des Krieges zu erweisen; bis dahin müsse sie so organisiert werden, daß sie imstande sei, die Dankeschuld des deutschen Volkes den Verteidigern des heimlichen Bodens dauernd und in vollem Umfange abzutragen.

In der anschließenden Debatte brachte der Reichstagsabgeordnete Giesberts namens der Sondertagung aller Gewerkschaftsgruppen deren Klagen über die ungenügende Beteiligung von Arbeitervertretern an der Fürsorgearbeit infolge der Widerstände der unteren Fürsorgestellten zum Ausdruck und unterbreitete die von der Sondertagung angenommene Resolution (siehe deren Wortlaut in der vorigen Nummer des „Vereins-Anzeiger“). Es sprachen weiter Vertreter der deutschen Gewerksvereine, der Angestelltenverbände sowie je ein Vertreter der katholischen Fachabteilungen und der Wirtschaftsfriedlichen Verbände, die sich beklagten, zu den Beratungen der Sondertagung der Gewerkschaftsgruppen nicht eingeladen zu sein. Der letztere Vertreter erhob sogar Protest gegen diese Sondertagung und ver sprach sich von den Arbeitsgemeinschaften keinen Erfolg, weil es zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften an dem nötigen Vertrauen fehle. Dies gab den Gewerkschaftsgruppen Anlaß, durch eine Erklärung die gegen die sogenannten gelben Organisationen bestehende Kündigung der Sondertagung der Gewerkschaften dem Kongress zur Kenntnis zu bringen.

Der dritte Tag wurde eingeleitet mit einem kurzen Bericht des Vertreters des Deutschen Hilfsbundes für Kriegsbeschädigte in der Schweiz, Dr. Aud (Basel). Die Vortragsreihe brachte Referate von Bürgermeister Dr. Luppe (Frankfurt a. M.) über die Unterbringung der Kriegsbeschädigten im öffentlichen Dienst, vom Kommerzienrat Soenneken (Bonn) und Kaufmann Döring (Hamburg) über die Verwendungsmöglichkeit der Kriegsbeschädigten im Handel.

An diesen Vorträgen wurde davor gewarnt, den Kriegsbeschädigten zu große Hoffnungen auf ihre Unterbringung in öffentliche Dienste oder in Handels- und Kontorbetriebe zu machen. Die Schwierigkeiten, die dem gegenüberstünden, und die Heberfälligkeit dieser Berufe seien weit größer als allgemein beachtet würde. Diese Warnungen wurden in der Debatte von zahlreichen Rednern aus den Kreisen der Privatangehörigen und dem Vertreter des Gemeindearbeitervereins unterstützt und eine Sicherung des Wiederertritts der Kriegsteilnehmer in ihre frühere Stellung sowie strenge Beaufsichtigung der privaten Fachschulen gefordert.

Ueber die Kriegsbeschädigtenfürsorge im Handwerk sprach Oberbürgermeister Wiener (Chemnitz). Das Handwerk habe vielfach großen Schaden durch den Krieg erlitten. Bei der Unterbringung Kriegsbeschädigter im Handwerk tügen die Fürsorgestellten in enger Gemeinschaft mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenzuwirken. Grundsätzliche Grundzüge würden sich für viele Handwerksbetriebe wegen deren Verschiedenheiten nicht aufstellen lassen. Eingehend verarbeitete sich Redner über die

Aufgaben der gewerblichen Fortbildungs- und Fachschulen sowie über die besonderen Kurse für Kriegsbeschädigte.

Dann sprach Magistratsrat Dr. Fischer (Münsterberg) über den Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte. Hauptgrundsatz müsse bleiben, diese ihren früheren Berufen zu erhalten. Das gelte auch für die Bestrebungen, Kriegsbeschädigte in der Landwirtschaft anzustellen. Eine Zentralstelle sollte geschaffen werden, in der alle Fäden der Invalidenfürsorgefragen zusammenlaufen. Die Invalidenfürsorgestellten müßten bei der Arbeitsvermittlung mit den öffentlichen und fachlichen Arbeitsnachweisen zusammenwirken. Eine Berufsschulung werde in manchen Fällen der Arbeitsbeschaffung vorangehen müssen. Für innerlich Kranke werde unter günstigen Umständen die Beschaffung einer Heimarbeit in Betracht kommen.

Den Schluß des Kongresses machten die Vorträge der Frau v. Biffing (Berlin) über die Mitarbeit der Frau in der Kriegsbeschädigtenfürsorge, und von Pastor Niehling (Hamburg) über die Fürsorge für die Familien der Kriegsbeschädigten. — Die erwähnte Rednerin schilderte eingehend die Tätigkeit des Zentralkomitees der Frauenmilitararbeit, das in Preußen die verschiedensten Frauen- und Wohlfahrtsorganisationen, besonders auch solche, die den Säuglings- und Mutterschutz pflegen, zu gemeinsamer Arbeit für die Kriegsbeschädigten zusammenfaßt. Besonders legte die Vortragende die aufopfernde Tätigkeit der Fürsorgerinnen und vieler Frauen in der Familienfürsorge dar. In der Jugend müßte vor allem die Ehrfurcht vor den Leiden der Kriegsbeschädigten gestärkt werden.

Pastor Niehling hob in seinem Vortrage hervor, daß die Fürsorge für die Familien der Kriegsbeschädigten nach sozialen Gesichtspunkten zur Ergänzung der gesetzlichen Rentenbezüge in bedürftigen Fällen in weitherzigster Weise eintreten müsse. Die öffentliche Armenpflege müsse möglichst ganz ausgeschaltet werden. Diese dürfe nicht Trägerin der sozialen Familienfürsorge werden, die einer besonderen Organisation unter Einbeziehung der Hinterbliebenen- und Veteranenfürsorge zuzuweisen sei. Im übrigen setzte er auseinander, daß die Familien der Kriegsbeschädigten auf Grund der jetzt bestehenden Gesetze und der Praxis militärischer Behörden vielfach weit schlechter daran seien als die Familien der im Kriege Verstorbenen. Hier müsse die Gesetzgebung Wandel schaffen.

Vor einem kleineren Kreis der Kongressbesucher sprach nach Schluß der Tagung Professor Wulstlein (Wochum) über „Neues von der Amputationenlehre und dem künstlichen Gliedersatz“. An zahlreichen, höchst instruktiven Lichtbildern führte er vor, was die moderne Chirurgie und Orthopädie auf dem Gebiete des künstlichen Gliedersatzes zu leisten vermögen. Die Darlegungen wurden unterstützt durch die Vorführung von etwa 20 mit künstlichen Beinen oder Armen versehenen Personen und Modellen noch auszubereitender Ersatzglieder aus der von dem Vortragenden geleiteten Klinik. Der an sich wissenschaftliche Vortrag wurde so auch dem Laien durchaus verständlich und bot allen Anwesenden viele Anregungen.

Der Kongress schloß mit einer kurzen Ansprache des Herrn von Winterfeld. Diese lang in die Versicherung aus, daß der Reichsausschuss das ihm gestellte Ziel auch ferner mit der gleichen Kraft und gemeinsam mit den Angehörigen und Organisationen aller Volksteile, die sich der großen Aufgabe der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu widmen bereit wären, weiter verfolgen werde.

Die Verwendung einarmiger Kriegsbeschädigter im Maler- und Anstreichergewerbe.

Zu dieser Frage nimmt die „Süddeutsche Maler-Zeitung“ in ihrer Nummer vom 27. August Stellung. Veranlassung hierzu gibt ihr eine Notiz in der Zeitschrift „Die Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Rheinprovinz“, in der ein Malermeister, der Berufsberater ist, sich mit dem in dem bekannten Buche von Kraus „Die Verwendungsmöglichkeit der Kriegsbeschädigten“ eingenommenen Standpunkt grundsätzlich einverstanden erklärt. Bei Kraus ist dazu allerdings der Vorbehalt gemacht, daß das Malergewerbe (immer im weitesten Sinne genommen) unter Verwendung giftiger, meist sich sehr schnell mit der Haut verbindender Stoffe, unter der Einwirkung von Bitterungseinflüssen, schädlichem Staub und erheblichen Unfallgefahren ausgeübt werden muß, also unter Verhältnissen, die bei der Frage, ob und an welchen Arbeiten insbesondere unsere einarmigen Berufscollegen beschäftigt werden können, sollen ihre so schon erschütterte Gesundheit und körperliche Leistungsfähigkeit nicht erneuten Gefahren ausgesetzt sein, eine wesentliche Rolle spielen.

Das scheint von dem erwähnten Arbeitgeber nicht verkannt zu werden, nur sieht er über Tatsachen hinweg, die unseres Erachtens nicht ignoriert werden dürfen. So erklärt er: „Von den Stoffen, welche die Erkrankungen verursachen, ist der einzige, der im Handwerk vielfach angewandt wird, das Bleiweiß.“ Dieses aber werde nach dem sogenannten Bleimerkblatt nicht durch schnelle Verbindung mit der Haut in den Körper aufgenommen. Besonders gefährlich sei Bleiweiß nur, wenn es beim Trockenflehren als Staub eingeatmet werde. Das wäre aber fast nur bei Innenanstrichen üblich; bei dieser kämen aber „immer mehr statt des giftigen Bleiweißes die ungiftigen Lithopone- und Zinkweißfarben zur Verwendung“. An Fassaden usw. werde man den Einarmigen wegen der größeren Unfallgefahr nicht beschäftigen. Zudem seien durch die Tarifverträge fast überall die Essenspausen bis auf die Mittagspause abgesetzt und dadurch die Gefahr einer Vergiftung durch ungenügende Reinigung herabgesetzt. Zudem werde durch die immer weitergehende Verbesserung der Ersatzmaterialien das Bleiweiß immer entbehrlicher; ein- jochtsvolle Arbeitgeber verwendeten es jetzt schon nur noch dort, wo es noch nicht zu ersetzen sei. Auch der Einarmige werde sich vor dem Essen reinigen. Selbstverständlich sei das für ihn umständlicher als für den, dem zwei Hände zur Verfügung ständen, doch würden die Schwierigkeiten durch Hilfsmittel und Gewöhnung überwunden werden. Im übrigen gehöre das Malergewerbe zu den Handwerken, die keine großen körperlichen Anforderungen stellen.

Dazu sei folgendes bemerkt: Bleiweiß — und die andern Bleifarben — sind heute keineswegs mehr die „einzigen“ gesundheitsgefährlichen Materialien, die im Maler- und Anstreichergewerbe verwandt werden. Die zahlreichen — meist schnelltrocknenden — Ersatzmittel für Terpentinöl, Lacke usw. haben erst wieder in letzter Zeit zu schweren Erkrankungen, ja Todesfällen von Maler- und Anstreichergehilfen geführt, worüber noch manches gesagt werden müßte und wogegen von uns noch schärfste Maßnahmen gefordert werden müssen. Aber auch die Bleifarben bestehen weiter. Darüber sei hier nur erwähnt, was der bayerische Landgewerkschaftsleiter Dr. Koeßler in dem bekannten im Jahre 1912 erschienenen amtlichen Werke der bayerischen Regierung sagt: „Wir dürfen keinesfalls von einer Verschlechterung der gesundheitlichen Verhältnisse nach Erlaß der Schutzverordnung sprechen, wenngleich andererseits von einer durchgreifenden Sanierung des Maler- und Anstreichergewerbes als Wirkung der Bundesratsverordnung von 1905 nicht gesprochen werden kann. Zu diesem bedauerlichen Befund zwingen uns... die ärztlichen Erhebungen über den derzeitigen Gesundheitszustand der unversicherten Berufsangehörigen.“ — Ganz abgesehen ferner davon, daß bei Verwendung von gesundheitsgefährlichen, aber auch an sich schmutzigen Farbstoffen und Bindemitteln, Lacken usw. nicht nur eine Reinigung der Hände vor den Essenspausen genügt, ist es auch ein großer Irrtum, daß fast nur noch eine Pause, die Mittagspause, besteht. Das Gegenteil ist richtig. Nirgend ist die Frühstückspause abgesetzt; sie wurde sogar durch den Reichstarifvertrag zur Pflicht gemacht, um seit dem letzten Tarifabschluß ist unter gewissen Einschränkungen eine Vesperpause sogar erneut zulässig! Um mit den geringen körperlichen Anforderungen im Maler- und Anstreichergewerbe es eine eigene Sache. Doch dies alles an dieser Stelle nur mehr nebenbei und der Wichtigkeit halber.

Wichtiger ist hier für uns, was die Redaktion der „Süddeutschen Malerzeitung“ zu den Darlegungen des zitierten Malermeisters zu sagen hat. Sie erklärt: „Wir geben die Veröffentlichung wieder als erwünschten Beitrag zur Frage über die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten in der gewerblichen Malerei. Auf die oben berührte „immer weitergehende Verbesserung der Ersatzmaterialien“, wodurch das Bleiweiß „immer entbehrlicher“ werde, brauchen wir dabei nicht näher einzugehen. Das ist eine Sache für sich und übrigens allen Fachgenossen bekannt, inwieweit das Bleiweiß durch Ersatzmaterialien „immer entbehrlicher“ geworden ist. Daß bei der heutigen Art und Weise der Verarbeitung von Bleiweiß die Gefahren nicht mehr so groß sind als ehemals, weiß jeder, der das Kapitel über Bleiweißvergiftung nicht zu Agitationszwecken benötigt.“

Wir halten es für überflüssig, auf den Seitenhieb zu antworten, mit dem man hier jene verächtlich, die es für ihre Pflicht halten, unsere Berufscollegen vor den oft tagelangen vererblichen Folgen gewerblicher Vergiftungen und vor frühzeitigem Siedium zu schützen. Bemerkenswert ist aber, daß die Schriftleitung der „Süddeutschen Malerzeitung“ zu der so wichtigen Frage der Beschäftigung einarmiger Kriegsbeschädigter in unserm Gewerbe, wenn sie sie doch einmal aufwirft, nichts weiter zu sagen hat, als sehr vorsichtig vorgetragene Ansichten über die Möglichkeit der Einschränkung des Bleiweißverbrauchs, die, so sehr sie die sonstigen vielfeitigen Gefahren der gewerblichen Vergiftung in unserm Gewerbe auch ignorieren, den Tatsachen doch einigermaßen gerecht werden, mit schlecht verborgenen Lohn zurückzuweisen.

Aus Unternehmerkreisen.

Unterlagen von über M. 18 000 hat sich der Rechnungsführer der Krankenkasse der Malerinnung zu Hamburg Heinrich Köster zuschicken lassen. Köster, der, wie uns von dem Kassenvorstand mitgeteilt wird, von seinem Gehalt von M. 8800 nur sich und seine Frau zu ernähren hatte, geriet im Sommer 1914 auf die schiefe Bahn. Erst waren es kleinere Beträge und bald vergriff er sich an großen Summen. Er schickte zu diesem Zweck das Bausch und griff zu andern unrichtigen Buchungen, und zwar so geschickt, daß alle in der Zwischenzeit stattgehabten strengen Prüfungen des Kassenvorstandes wie auch der behördlichen Organe den Betrüger nicht auf die Spur kommen konnten. Erst durch Zufall wurde Kösters Gebaren am 4. September entdeckt, er wurde sofort entlassen und in Haft genommen. Ein Teil der veruntreuten Summe ist durch Sicherheitsleistung gedeckt. Den Kassenvorstand trifft nach Erklärung der behördlichen Prüfungsbeamten keinerlei Verschulden.

Gewerkchaftliches.

Gegen wilde Streiks im Bergbau wendet sich ein Aufruf der vier Bergarbeiterverbände, der folgenden Wortlaut hat: „Bergleute des Ruhrgebietes! Seit einiger Zeit wird von Elementen, die unseren Organisationen fernstehen, vielfach versucht, Euch zu Unbesonnenheiten aufzureizen. Vorhandene Mißstände und die durch den Krieg herbeigeführten Erschwerungen der Lebenshaltung werden benützt, um Euch zum Streiken zu verleiten. — Kameraden! Laßt Euch nicht verführen! Ein allgemeiner Bergarbeiterstreik würde dem deutschen Volke das Durchhalten in dem ihm auferdrungenen Kriege, bei dem alles auf dem Spiele steht, erschweren, den Feinden unseres Vaterlandes nützen, sie zur Weiterführung des mörderischen Streites aufschacheln und natürlich auch unsern Stand schwächen. Das darf nicht sein! Folgt deshalb nicht Unorganisierten! Hebt keinen Berrat an den Interessen des Vaterlandes und unseres Standes! Folgt den Organisationen! Sie vertreten Eure Interessen, kennen ihre Verantwortung und tun ihr mögliches. Wendet Euch bei Beschwerden an sie, wartet ihre Schritte, Anweisungen und Erfolge ab! Vergeßt nicht, daß die große Masse der Unorganisierten den Gemütsdruck auf dem Wege des Fortschrittes bilden. Helft mit, daß auch sie sich der Organisation anschließen und ihre Kräfte nicht mehr gegen uns, sondern mit uns wirken!“

Die zweite Kriegskartelle des Deutschen Buchdruckerverbandes wurde am 30. Juni dieses Jahres aufgenommen, aus der der „Korrespondent“ die wichtigsten Ergebnisse mitteilt. Danach besaßen sich an diesem Tage 47 140 Verbandsmitglieder unter den Waffen. Seit der letzten Zählung am 31. März dieses Jahres, hat sich diese Zahl um 1887 oder 4,0 pSt. erhöht. Verheiratet waren davon über die Hälfte, und zwar 24 616 oder 51,7 pSt.; am 31. März war dieses Verhältnis mit 52,1 pSt. zu verzeichnen. Die Zahl der Gefallenen und an Verwundung Gestorbenen betrug 3916. Die Zahl der vom Militärdienst Entlassenen und Bewurlaubten hat sich um 1288 oder 41,7 pSt. erhöht. Die Verhältnisse der noch Daheimgebliebenen ergeben sich aus der Feststellung, daß sich ihre Zahl mit 82 501 am 1. April 1916 gegen den Stand vom 31. März dieses Jahres erhöht hat. Davon waren 80 528 (98,9 pSt.) vollbeschäftigt. Dieser Prozentsatz hat sich gegen die Frühjahrsstatistik vermindert um 0,8 pSt. Dafür ist die Zahl der Arbeitslosen um annähernd das Vierfache gestiegen; ferner hat sich die Zahl der Kranken um 0,8 pSt. erhöht. Die Stabilität der Zahl der in andern Berufen Tätigen läßt ferner erkennen, daß es sich hier um einen beachtlichen Prozentfuß von Kollegen handelt, die anderwärts besser fortkommen scheinen als in ihrem früheren Beruf als Buchdrucker. Trotzdem mehren sich aber gerade in der letzten Zeit die Stimmen in Unternehmerkreisen, die auf Ausdehnung der Frauenarbeit und stärkere Ausnutzung der jugendlichen Arbeitskräfte abzielen, weil sie fürchten, der Arbeitsmarkt könnte sich infolge der Kriegsoffer zum Nachteil des Unternehmertums entwickeln. Der Umfang der materiellen Opfer des Buchdruckerverbandes spiegelt sich in einer Steigerung der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung um **M 14 547** aus der Verbandskasse zu einer Gesamtsumme von **M 2 800 590,76** seit Kriegsbeginn; die Zuschüsse aus den Gattlassen belaufen sich für die gleiche Zeit auf **M 727 292**, so daß aus Verbands- und Gattlassen zusammen allein für Arbeitslosenunterstützung **M 3 527 888** verausgabt werden mußten. An Familienunterstützung wurden insgesamt **M 1 894 814** ausgegeben. Die Gesamtsumme der Ausgaben des Verbandes und der Gattlassen in allen statistischen Unterstützungszweigen sowie mit der freiwilligen Familienunterstützung erreichte für die Zeit seit 1. August 1914 bis 30. Juni d. J. also innerhalb 23 Monaten, die Höhe von **M 7 428 820**. Gut die Hälfte davon läßt sich als außerordentliche Belastung infolge des Krieges bewerten.

Eine Kriegskartelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Wie in vielen andern Industrien hat der Krieg auch im Holzgewerbe eine arge Verheerung angerichtet und viele Tausende Betriebe und Arbeiter zu einer gestuageneren Existenzbedingung verurteilt. Es fehlt jedoch nicht nur dem Fernerstehenden, sondern auch vielen Gewerbeangehörigen selbst der genauere, zahlenmäßige Einblick über die durch den Krieg auf das Gewerbe erfolgten Einwirkungen, weshalb es zu begrüßen ist, daß der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes dazu geschritten ist, eine aktuelle Darstellung der Kriegseinwirkungen in der Holzindustrie herauszugeben, für die er die Unterlagen durch eine am 1. Dezember 1915 vorgenommene statistische Erhebung in allen Zweigen des Verbandes beschafft hat, die sich auf alle Betriebe und alle Berufe erstreckt, für die der Holzarbeiterverband zuständig ist.

An den gewaltigen Anforderungen, die der Heeresbedarf an viele Industrien stellte, hatte die Holzindustrie nur wenig Anteil. Einige Branchen, wie die Stelmacherei, die Werften und die Korbmacherei, machten hieron eine für sie günstige Ausnahme. In allen andern Branchen aber sah es auf lange Zeit hinaus äußerst trostlos aus. Viele Tausende Betriebe waren ganz geschlossen, andere entließen die große Mehrzahl ihrer Arbeiter, welche somit der Arbeitslosigkeit preisgegeben wurden, während auch wieder in einigen Industrien die Arbeitszeit derartig verkürzt wurde, daß der erzielte Verdienst zum Lebensunterhalt nicht mehr ausreichte; ja es kam sogar so weit, daß Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen bei dieser Beschäftigung in den ersten Kriegsmonaten und auch späterhin nicht einmal den Wochenverdienst erreichten, den die betreffenden Städte als Notunterstützung für die Arbeitslosen gewährten.

Von der Erhebung des Holzarbeiterverbandes am 1. Dezember 1915 wurden 20 968 Betriebe erfasst, die im Juli 1914 noch 260 000 Arbeiter beschäftigt hatten, darunter zirka 20 000 Arbeiterinnen. Am 1. Dezember 1915 waren nur noch 12 600 Betriebe mit 99 760 männlichen und 16 968 weiblichen Arbeitern in Tätigkeit. Neben diesen wurden allerdings auch noch 98 während des Krieges neuerstandene Betriebe mit 1273 männlichen und 311 weiblichen Arbeitern gezählt.

Der Stand der Beschäftigung am Erhebungstage wies in den einzelnen Berufsgruppen große Unterschiede auf. An erster Stelle in bezug auf den Umfang der Betriebsbeschäftigung stand die Musikinstrumentenindustrie. Die 540 erfassenen Betriebe dieser Branche beschäftigten vor dem Kriege 27 170 Arbeiter; am 1. Dezember 1915 war diese Zahl auf 7744, das heißt um 71,5 pSt. gesunken. Unter den Betrieben waren 145 noch ganz geschlossen, während 43 Betriebe mit 2242 Arbeitern oder 29 pSt. der Gesamtbeschäftigten sich einer andern Produktionsstätigkeit zugewendet hatten.

Um ein geringeres günstiger, aber trotzdem schlimm genug sah es in der Tischlerei aus. Vor dem Kriege wurden hier gezählt 14 670 Betriebe mit 125 591 Arbeitern; am 1. Dezember 1915 waren hiervon nur noch 7856 Betriebe mit 46 122 Arbeitern in Tätigkeit, also eine Verminderung des Arbeiterstandes um 63,3 pSt. Verhältnismäßig ungünstig sah es weiter aus in den Branchen der Stuhlbauer mit einer Verminderung der Arbeiterzahl um 63,8 pSt., Vergolder 63,5 pSt., Stodarbeiter 62,4 pSt., Porzellanhersteller 60,9 pSt. Dagegen wiesen die Branchen der Bürstenmacher nur eine verminderte Beschäftigungszahl um 37 pSt. und die der Kleinstarbeiter nur um 18,9 pSt. auf, womit diese anscheinend günstiger als der Gesamtdurchschnitt dastanden. Doch ist dieses auch nur anscheinend der Fall, denn in Wirklichkeit waren es gerade diese Branchen, die bei der bis ins Ungemessene eingeschränkten Arbeitszeit weiter beschäftigt wurden. Der Stand der Korbmacher brachte der Krieg sogar Hochkonjunktur.

Eine starke Verschiebung hat die Statistik in bezug auf die Zahl der beschäftigten Frauen in der Holzindustrie ergeben. Während vor dem Kriege auf 100 männliche Arbeiter 8,1 Frauen kamen, war am 1. Dezember 1915 der Prozentsatz der beschäftigten Frauen auf 17,1 gestiegen. Diese Zunahme der Frauenarbeit verteilt sich relativ auf alle Zweige des Holzgewerbes. Vor dem Kriege war es nur die Kleinstindustrie, wo die Frauenarbeit überwiegt, und zwar kamen hier auf 100 männliche 187,2 weibliche Arbeiter. Zur Zeit der Erhebung des Holzarbeiterverbandes war in dieser Branche der Anteil der Frauenarbeit auf 220,4 gegenüber 100 beschäftigten Männern gestiegen. In der Kaminmacherei stieg der Anteil der Frauen von 69,7 auf 133,8 pSt., in der Bürstenmacherei von 64,5 auf 104,5 pSt. In allen diesen Branchen waren also am 1. Dezember 1915 bereits mehr Frauen als Männer beschäftigt. Weiter wies noch eine verhältnismäßige Zunahme der Frauenarbeit auf die Knapfmacherei mit 67,9 pSt. (vor dem Kriege 41,4 pSt.); in der Vergoldderei kamen auf 100 Männer 46,9 pSt. (18,2) Arbeiterinnen.

In der Korbschneiderei hat sich während des Krieges die Zahl der beschäftigten Frauen verhältnismäßig stärker vermindert als die der Männer. Es waren zur Zeit der Erhebung nur noch 41 Frauen gegenüber 100 Männern beschäftigt, während es vor dem Kriege 52,3 gewesen sind.

Einen erheblichen Prozentfuß Beschäftigter weiblichen Geschlechts weisen noch auf die Drechslerei mit 35,4 pSt. (vor dem Kriege 14,1), die Stodmacherei mit 35 pSt. (20,7), Holzwarenfabrikation mit 32,5 pSt. (19,3) und die Musikinstrumentenindustrie mit 28,0 pSt. (13,2) weiblicher Arbeiter.

So wie viele andere Industrien hat sich auch die Holzindustrie nach einigen Monaten den veränderten Kriegsverhältnissen möglichst angepaßt und ihre Betriebe auf die Herstellung von Heeresbedarf eingerichtet. Insgesamt zählt die Statistik 590 Betriebe dieser Art mit 12 168 beschäftigten Männern und 2968 Frauen am 1. Dezember 1915, während vor dem Kriege in diesem Betriebe 24 148 männliche und 2826 weibliche Arbeiter beschäftigt waren. Hieraus ergibt sich, daß die Holzindustrie in nicht sehr hohem Maße mit Heeresaufträgen beschäftigt wurde; denn die angeführten Zahlen bedeuten eine Verminderung der beschäftigten männlichen Arbeiter um 49,6 pSt. gegenüber der Zeit vor dem Kriege bei gleichzeitiger Zunahme der weiblichen um 27,6 pSt. in den für den Heeresbedarf arbeitenden Betrieben.

In 12 010 Betrieben wurde die Produktion nicht verändert, unter ihnen die Branchen der Korbmacher, Stelmacher usw., denen der Krieg vermehrte Beschäftigung gebracht hat. Die Gesamtbeschäftigtenzahl in diesen 12 010 Betrieben betrug vor dem Kriege 200 948 und hat sich bis zum 1. Dezember 1915 auf 101 507, also um 49,6 pSt. vermindert. Die Zahl der männlichen Arbeiter ist von 154 748 auf 87 507, also um 52,0 pSt. und die der weiblichen von 16 205 auf 14 000, also um 13,6 pSt. zurückgegangen. Die männlichen Arbeiter wiesen in allen Berufen einen Rückgang auf; dagegen ist bei den weiblichen in einigen Berufen eine Zunahme zu verzeichnen. Diese ist verhältnismäßig am stärksten bei den Modellischlern und in der Korbmacherei. Bekanntlich haben die Organisationen in der ersten Kriegszeit unter dem Druck der großen Arbeitslosigkeit eine Verkürzung der Arbeitszeit miteinander vereinbart, um die so knapp gewordene Erwerbsmöglichkeit luntlich zu erhalten. Bis zum Zeitpunkt der Erhebung ist die Arbeitslosigkeit ziemlich ganz verschwunden, obwohl noch 7498 Arbeiter = 6,4 pSt. der Beschäftigten mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten. Diesen standen allerdings 18 917 = 16,3 pSt. Beschäftigte gegenüber, die Überstunden leisten mußten. Am ungünstigsten lagen am Erhebungstage immer noch die Verhältnisse in der Kleinstindustrie mit 59,5 pSt. der Beteiligten, die mit verkürzter Arbeitszeit arbeiteten. In der Knapfmacherei wurden noch 44 pSt. von der Arbeitszeitverkürzung betroffen. Einen besonders störenden Geschäftsgang und infolgedessen zahlreiche Überstunden hatten aufzuweisen die Werft- und Modellischler, Stelmacher, Stodarbeiter und Ristenmacher.

Die Statistik bekräftigt von neuem, daß die im Laufe der Kriegszeit eingetretene Gesundung des Arbeitsmarktes in der Holzindustrie in hohem Maße dem Wirken der Organisation der Arbeiter, dem sich auch die Unternehmer nicht entzogen haben, zu verdanken ist. Dem Holzgewerbe blühten nicht, wie einzelnen andern, während des Krieges „goldene“ Zeiten; hier würde, wenn die beruflichen Interessenvertretungen sich nicht energisch gewehrt hätten, noch manches Opfer im Schilde des Krieges verschunden sein, welches nunmehr erhalten geblieben ist. Über immer noch stehen wir vor einer ungewissen Zukunft. Mit Recht verweist die „Holzarbeiterzeitung“ darauf, wie der lang ersehnte Friede, die Rückkehr der Kriegsteilnehmer zum friedlichen Erwerb für das Gewerbe in seiner Gesamtheit wiederum eine schwere Belastungsprobe bedeuten wird. Was aber auch kommen möge: die Arbeiter werden den Zusammenhalt in ihren gewerkschaftlichen Organisationen keinen Augenblick vernachlässigen dürfen, wenn sie vor unangenehmen Überforderungen einen sicheren Schutz genießen wollen.

Sozialpolitisches.

Die Adressen der wichtigsten dem Kriegsernährungsamt unterstellten Kriegsgesellschaften sind:

1. Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise, Berlin W 8, Wilhelmstraße 70b. Tel.: Centrum 11 568.
2. Zentralkasse zur Beschaffung der Heeresverpflegung, Berlin W 66, Leipziger Straße 4 (Abgeordnetenhause). Tel.: Centrum 12 166 ff.
3. Landwirtschaftliche Betriebsstelle für Kriegswirtschaft, G. m. b. H., Berlin W, Leipziger Platz 7. Tel.: Centrum 10 907.
4. Reichsgetreidestelle, Berw.-Abt. Ranteplatz 1. Gefh.-Abt. Kurfürstendamm 237. Tel.: Steinplatz 13 170 ff.
5. Reichsstaroiffelstelle, Berlin, Bellevuestraße 6a. Tel.: Lühow 422.
6. Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft m. b. H. (Tefa), Berlin, Röhrener Straße 37. Tel.: Kurfürst 9985.
7. Kriegskartoffelgesellschaft Ost (Karto), Berlin, Schellingstraße 14/15. Tel.: Kurfürst 9973.

8. Reichszuckerstelle, Berlin, Unterfröhenstraße 2/3. Tel.: Centrum 4058 ff., 4947 ff.
9. Verteilungsstelle für Rohzucker, Berlin, Köthener Straße 38. Tel.: Mollendorf 2223.
10. Zuckerteilungsstelle für das deutsche Südzuckerwerk, Würzburg, Stephanstraße 9.
11. Stärke-Sirup-Zentrale für das deutsche Nahrungsmittelgewerbe, Würzburg, Stephanstraße 9.
12. Reichsstelle für Gemüße und Obst, G. m. b. H., Berlin, Potsdamer Straße 75. Tel.: Mollendorf 5840 ff.
13. Reichsgerstengesellschaft m. b. H., Berlin, Wilhelmstraße 60a. Tel.: Centrum 10 442.
14. Reichsfuttermittelstelle, Berlin, Königsgräber Straße 19. Tel.: Lühow 2706 ff.
15. Kriegsausgleich für Erbsenfuttermittel, G. m. b. H., Berlin, Matthäikirchstr. 10. Tel.: Lühow 5333 ff.
16. Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, G. m. b. H., Berlin, Potsdamer Straße 30. Tel.: Mollendorf 2523 ff., Lühow 6825.
17. Saferinkaufsgesellschaft m. b. H., Berlin, Lintstraße 25. Tel.: Lühow 2527.
18. Kriegstroch- und Torf-Gesellschaft m. b. H., Berlin, Lintstraße 25. Tel.: Kurfürst 6001 ff.
19. Reichsleischstelle, Berlin, Köthener Straße 16. Tel.: Lühow 329-331.
20. Kriegsausgleich für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel, G. m. b. H., Berlin, Bellevuestraße 14. Tel.: Lühow 6967 und 6968.
21. Kriegskartoffelgesellschaft m. b. H., Samsburg, Mönchebergstraße 21.
22. Reichsbrauntweinstelle, Berlin, Schellingstraße 14/15. Tel.: Kurfürst 6151/52.
23. Reichsstelle für Speisefette, Berlin, Mohrenstraße 59. Tel.: Centrum 11 501.
24. Butterverteilungsbeirat, Berlin NW, Unter den Linden 72/73. Tel.: Centrum 10 267 ff.

Reichsleischkarte. Die am 2. Oktober dieses Jahres für das ganze Deutsche Reich in Kraft tretende Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs bestimmt:

Als Fleisch und Fleischwaren im Sinne dieser Verordnung gelten: 1. Muskelfleisch mit eingewachsenen Knochen von Rindvieh, Schafen und Schweinen sowie Gähner. 2. Muskelfleisch mit eingewachsenen Knochen von Rot-, Dam-, Schwarz- und Rehwild (Wildbret). 3. Roher, gesalzener oder geräucherter Speck, Rohseit. 4. Eingeweide des Schlachttiers. 5. Zubereitetes Schlachttierfleisch und Wildbret sowie Wurst, Fleischkonserven und sonstige Dauerwaren aller Art. Dagegen gelten von Fleisch losgelöste Knochen, Euter, Hüfte, mit Ausnahme von Schweinepöten, Flede, Lungen, Därme, Gehirn, Flogmaul, ferner Wildaufbruch, einschließlich Herz und Leber, sowie Wildböcke, nicht als Fleisch oder Fleischwaren. Die Landeszentralbehörden können den Verbrauch von Fleisch- und Fleischwaren, einschließlich Wildbret und Geflügel, die dieser Verordnung nicht unterliegen, ihrerseits regeln. Hierbei darf jedoch die vom Kriegsernährungsamt festgesetzte Höchstmenge an Fleisch und Fleischwaren, die dieser Verordnung unterliegen, nicht erhöht werden. Die Verbrauchsregelung erfolgt durch die Kommunalverbände. Fleisch und Fleischwaren dürfen entgeltlich oder unentgeltlich an Verbraucher nur gegen Fleischkarte bezogen werden. Dies gilt auch für die Abgabe in Gast- und Wirtschaften. Die Fleischkarte gilt im ganzen Reich, die Wchschnitte sind gültig nur im Zusammenhange mit der Stammkarte. Das Kriegsernährungsamt setzt fest, welche Höchstmenge an Fleischwaren auf eine Fleischkarte bezogen werden darf und mit welchem Gewichte die einzelnen Arten Fleisch und Fleischwaren auf die Höchstmenge anzurechnen sind. Hierbei ist auf eine entsprechend geringere Bewertung des Wildes, der Gähner und der Eingeweide Bedacht zu nehmen. Jede Person erhält für vier Wochen eine Fleischkarte. Kinder erhalten bis zum Beginn des Kalenderjahres, worin sie das sechste Lebensjahr vollenden, nur die Hälfte der festgesetzten Wochenmenge.

Die Verbrauchsregelung erstreckt sich auch auf die Selbstverfoger. Als Selbstverfoger gilt, wer durch Hauschlachtung oder durch Ausübung der Jagd Fleisch und Fleischwaren zum Verbrauch im eigenen Haushalte gewinnt. Mehrere Personen, die für ihren eigenen Verbrauch gemeinsam Schweine mästen, werden ebenfalls als Selbstverfoger angesehen. Selbstverfoger bedürfen zur Hauschlachtung von Schweinen und Rindvieh, mit Ausnahme von Kälbern bis zu sechs Wochen, die Genehmigung des Kommunalverbandes. Selbstverfoger können das aus Hauschlachtungen oder durch Ausübung der Jagd gewonnene Fleisch unter Zugrundelegung der festgesetzten Höchstmenge zum Verbrauch im eigenen Haushalte verwenden. Erfolgt die Verwendung des Fleisches innerhalb des Zeitraumes, für den der Selbstverfoger bereits Fleischkarten erhielt, so hat er eine entsprechende Anzahl von Fleischkarten nach näherer Regelung des Kommunalverbandes an diesen zurückzugeben. Die Landeszentralbehörden können anordnen, daß Fleisch und Fleischwaren, mit Ausnahme von Wild und Gähnern, aus dem Kommunalverband oder größerem Bezirke nur mit behördlicher Genehmigung ausgeführt werden dürfen.

Statistisches Merkbüchlein. Der Verbrauch einer Person an wichtigen Nahrungsmitteln im Monatsdurchschnitt von 10 deutschen Städten nach Erhebungen im Frieden und im Kriege.

Nahrungsmittel	Nach der Erhebung des Reichlichen Statistischen Amtes 1908		Nach der Erhebung des Kriegsausgleiches für Konsumenteninteressen April 1916		Nationierter Verbrauch (in Groß-Berlin August 1916)
	1908	1916	1908	1916	
Brot und Backwaren ..	13 155 g	8 473 g	—	—	rund 6 750 g*
Kartoffeln	10 599 "	17 454 "	—	—	" 20 000 "
Butter, Fette, Margarine	1 175 "	799 "	—	—	" 400 "
Fleisch und Wurst	2 808 "	1 536 "	—	—	" 1 125 "
Milch	11,5 l	9,5 l	—	—	—
Kaffee	225 g	328 g	—	—	—

* Nur Brot und Semmel.

Dom Ausland.

25 Jahre Wiener Bruderorganisation. Wie wir dem „Deforsateur“ entnehmen, waren am 27. August 25 Jahre verflossen, daß die Maler und Anstreicher Wiens das Fest der Verbrüderung feierten. Obwohl die gründende Versammlung schon im Frühjahr desselben Jahres stattfand, so ist die Genehmigung der Statuten doch bis zum August hin, so daß also der Tag dieses Festes als der offizielle Tag der Vereinigung anzusehen ist. Seit dieser Zeit sind die Maler und Anstreicher Wiens in einer gewerkschaftlichen Organisation vereinigt, die sich aus kleinen Anfängen und nach Überwindung mannigfaltiger schwerer Hindernisse schließlich doch zu einer achtunggebendenden Stellung emporgearbeitet hat. Es war kein leichtes Stück Arbeit, hier eine gewerkschaftliche Organisation zu schaffen, und die jüngeren Kollegen können sich wohl schwerlich einen Begriff davon machen, unter welsch schweren Bedrängnissen und mit welsch begeistertem Opfermut die Kollegen damals die ersten Arbeiten hierzu durchzuführen mußten. Von den Unternehmern gehöhnt und verfolgt, von den eigenen Kollegen mißtraulich, ja nicht selten feindselig behandelt, mußte mit viel Geduld und Ausdauer und unter mancherlei Entbehrungen diese schwere Arbeit geleistet werden. Galt es bei den Anstreichern zunächst die Gleichgültigkeit zu befeitigen, so kam bei den Malern das noch weit größere Hindernis des Neugiergeistes dazu. Die Tatsache, daß das Malergewerbe bis zum Jahre 1886 als „freies Kunstgewerbe“ galt, hat den Neugiergeist bei den Kollegen dorecht gefestigt, daß sich viele auch nach der Einreichung in die handwerkermäßigen Gewerbe, trotzdem ihre Lage schon die denkbar ungünstigste war, noch immer nicht als Arbeiter, sondern als Künstler fühlten, die mit Arbeitern nicht vereinigt sein wollten. Alle diese Voreingenommenheiten mußten in jahrelanger mühsamer Arbeit erst beseitigt werden. Oft schien es, als ob dies nicht gelingen und das Aufgebauete wieder zusammenstürzen wollte. Doch vorwärts ging es und aufwärts trotz alledem.

Mit Genugtuung kam der „Deforsateur“ zu unserer Freude heute feststellen, daß ein Vierteljahrhundert aufbauender Arbeit hinter uns liegt. Innerlich befreit von dieser schweren, aber doch erfolgreichen Arbeit, sind wir doch von schwerer Sorge und tiefer Trauer erfüllt um die vielen unserer waderen und tüchtigen Mitarbeiter, die heute unter tausend Gefahren im ungewohnten Kriegshandwerk andere schwere Pflichten zu erfüllen haben. Und so wollen wir heute am Tage des Wiegenfestes unserer Organisation erneut die Hoffnung ausdrücken, daß dieses jaredliche Völkermorden bald sein Ende nehmen möge, um im zweiten Vierteljahrhundert vereint mit den Zurückgekehrten mit erneuter Kraft bald den Wiederaufbau und den weiteren Ausbau unserer Organisation beginnen zu können.

Aus Newyork erhielten wir nach langer Zeit wieder einmal ein Schreiben, das vor drei Monaten abgefaßt wurde. Unser Kollege S. schreibt:

Schon monatelang habe ich von Euch in Deutschland nichts gehört. Was ist los — lebt Ihr noch oder haben die Freunde von England die Post, die Ihr schickt, für zu gefährlich gehalten? Was bei uns vorgeht, ist einfach ungläublich. Ich habe in den letzten drei Jahrzehnten noch keine so verrückten Menschen und — hysterische Presse gefunden wie jetzt. Einen großen Teil der amerikanischen Presse bildet die von London und die der sogenannten echten Amerikaner; wenn deren Vorfahren auch meist in östlichen europäischen Gefilden geboren wurden, sind sie doch voller Haß gegen die sogenannten „Teutonen“. Dazu kommt noch die Präsidentschaftswahl im Spätherbst. War von jeder das Jahr der Wahl — welches alle vier Jahre eintritt — ein aufregendes, so ist es diesmal noch schlimmer. Die Parteien sind in energischem Kampf, beide wollen sich überbieten im Fordern des Aufgebotes der militärischen Kräfte. Der Schlachtruf erklingt bei Republikanern und Demokraten: Große stehende Armee, die größte Kriegsstotte. In Schule, Straße, Straße und Presse, allüberall wird agitiert. Wehe dem, der nicht mit heult, er wird als Verräter des Vaterlandes gebrandmarkt. Trotzdem ist bei den organisierten Arbeitern auch ziemlich Leben. Es ist eine Tatsache, daß seit dem Jahre 1886 nicht so viel Streiks vorkamen wie gerade jetzt. Wohl hat die Stahl- und Metallindustrie durch die verwerfliche Waffenlieferung einen ungeheuren Aufschwung bekommen; doch wollten die Stahlmagnaten die Arbeiter, die diese Mutarbeit ausführen, mit largem Lohn abspießen. Da kamen viele Streiks; die Arbeitszeit mußte verkürzt und die Löhne mußten erhöht werden. Auch in vielen anderen Gewerben herrscht rege Agitation, und die führende Rolle hat das Baugewerbe.

In den Reihen der Filialen der Brüderchaft der Maler und Anstreicher in den verschiedenen Städten von West-, Süd-, Ost- und Nordamerika fanden Streiks statt, und die größte Mehrzahl endete zugunsten unserer Kollegen. Dabei gebührt den Kollegen der Stadt Boston die Siegespalme, indem sie einen Vertrag mit ihren Arbeitgeber ab geschlossen, wonach pro Tag bei achttündiger Arbeit fünf Dollar zu zahlen sind und nur fünf Tage pro Woche gearbeitet wird. Eine Anzahl Vertreter der Filialen von Chicago stehen unter Anklage wegen Verdröpfung, und in kürzester Zeit wird ihnen der Prozeß gemacht. Auch wir in Newyork gingen am 1. Mai für fünf Dollar in den Streik. Ungefähr 10000 organisierte Kollegen beteiligten sich am Ausfall. Eine große Anzahl der Arbeitgeber bewilligte noch und nach die Forderung; ob sie die Bedingungen eher auch erfüllen, ist eine sehr heikle Frage. Die schließt zu beantworten ist, weil die Mehrzahl der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in jüdischen Händen liegt und darum die Kontrolle sehr schwer ist. Der Streik dauerte den ganzen Monat Mai an, ehe sich die Meistervereinigung als geschlagen erklärte und einen Vertrag mit der Brüderchaft auf ein Jahr abschloß, und zwar bei achttündiger Arbeitszeit (Samstag vier Stunden) fünf Dollar Lohn, für Sonntagsarbeit und Überzeit doppelte Bezahlung. Alle Streitigkeiten und Beschwerden sollen durch ein von beiden Parteien gewähltes Komitee erledigt werden. Jedoch kann durch den Vertrag die Brüderchaft

der Maler nicht mehr zugunsten der Bauhandwerker in einen Streik eintreten, weil dies eine Klausel unterliegt, wodurch die Stärke der Bauhandwerker sehr stark geschwächt wurde. A. H.

Verschiedenes.

Zentralstelle für den Gemüsebau im Kleingarten, Berlin. Diese Zentralstelle ist vom Reichsamt des Innern ins Leben gerufen. Sie soll allen Kleingartenbesitzern in sämtlichen einschlägigen Angelegenheiten, namentlich in den Fragen des Kleingartenwesens, mit Rat und Tat unentgeltlich zur Seite stehen. Es liegt im Interesse eines jeden einzelnen, der von sich aus durch den Kleingartenbau, im besondern den Gemüsebau, in diesen für das deutsche Volk so schwierigen Zeiten der Volksernährung dienen will, sich mit der Zentralstelle in allen den Gemüsebau im Kleingarten betreffenden Fragen scheinung in Verbindung zu setzen.

Die Zentralstelle verteilt auch noch andere gemeinverständige Druckschriften, die jedem bei der Pflege seines Gartens eine große Unterstützung sein werden. Ebenso ist die Reichszentralstelle bestrebt bei der Beschaffung von Samereien und Saatzpflanzen. Wer sonst irgendwelchen Rats bedarf in Rechtsangelegenheiten oder gesetzlichen Fragen, die den Kleingarten betreffen, wende sich ebenfalls an die Zentralstelle. Die Beratung und Auskunfterteilung ist für jedermann völlig unentgeltlich. Die Adresse der Zentralstelle ist: Berlin W 8, Behrenstraße 50/52. Fernsprecher: Amt Centrum 8901.

Ein Preisanschreiben für kleinere Kriegs- und Kriegerdenkmäler erläßt der Bund deutscher Gelehrter und Künstler. Es werden folgende Aufgaben gestellt: Entwürfe für Grabsteine und Grabkreuze für gefallene Krieger in der Heimat; Gedenktafeln, sowohl plastische wie gemalte; einfache Monumente, deren Herstellung die Summe von M. 5000 nicht überschreiten soll; Bildstöcke und Gedächtnis-tafeln für Gefallene, Ausführungssumme nicht über M. 12 000. Zur Verteilung gelangen Preise im Gesamtbetrage von M. 15 000, und zwar: 5 Preise zu M. 1000, 10 Preise zu M. 500 und 25 Preise zu M. 200.

Das Preisgericht besteht aus den Herren: Amerdorffer (Berlin), Behrens (Neubabelsberg), Billing (Karlshöhe), Blund (Berlin), Graul (Leipzig), Hahn (München), Hofaus (Berlin), Huber-Feldkirch (Düsseldorf), Kutschmann (Berlin), Mangel (Berlin), Meier-Graefe (Berlin), Poelzig (Dresden), Schaper (Berlin), Seel (Berlin) und Tuillon (Berlin). Die Arbeiten müssen bis zum 25. Oktober an die Geschäftsstelle des Bundes deutscher Gelehrter und Künstler (Kultur-bund), Berlin, Unter den Linden 38, eingeleistet sein.

fachtechnisches.

Patentschau. Vom Patentbureau O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billig. Auskünfte frei. Gebrauchsmuster: Kl. 75 b. 851 148. Walter Stard, Düsseldorf-Gerresheim; Marmorieren von Fensterglas in verschiedenen Formen, nach einem Stammöberfahren. Ang. 1. 8. 16. — Kl. 9. 650 426. Franz Furmäter, Kasing; Füll-Malpinel. Ang. 19. 7. 16.

Angemeldete Patente: Kl. 75 b. 10. St. 20 985. H. Strauß, Nürnberg; Verfahren zur Herstellung einer Oberflächenverzierung an Bodenplatten aus weichem, kalkhaltigem Gestein usw. Auf. a. Pat. 278 641. Ang. 31. 5. 16. — Kl. 75 b. R. 42 573. Radium-Ges. R. G. & Co., Mühlhausen i. G.; Abziehbild. Ang. 12. 11. 16.

fachliteratur.

Das Septemberheft der Deutschen Malerzeitung „Die Mappe“ ist soeben erschienen. Auf das beste und reichhaltigste ausgestaltet, wird auch diese Nummer, wie bereits die vorher erschienenen, von allen vorwärts strebenden Berufskollegen aufgenommen werden. Die drucktechnisch aufs sorgfältigste hergestellten Vorlagetafeln enthalten wie immer auf ihre praktische Wertwendbarkeit ausgeuchte Motive. Im vorliegenden Heft finden wir Tafel 21: Blumenstücke, entworfen von Franz Weißner-Berlin-Friedenau; Tafel 22: Decken, Frieze und Wand, entworfen von Arno Gänzel, zurzeit im Felde; Tafel 23: Zwei Küchensackel, entworfen von R. M.; Tafel 24: Verschiedene Zierstücke, entworfen von Karl Koch-Cassel. Der Bezugspreis der jährlich in 12 Monatsheften und 52 Wochennummern erscheinenden Deutschen Malerzeitung „Die Mappe“ beträgt nur M. 3 das Vierteljahr; die Zeitschrift ist durch alle Postämter oder direkt durch den Verlag von Georg D. W. Callway in München zu beziehen.

Literarisches.

Wilhelm Reil, M. b. R., Die ersten Kriegskriegern und die Sozialdemokratie. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Preis M. 2, Vereinsausgabe M. 1,20. Der Verfasser sagt in seinem Vorwort: Die große Bedeutung, die diesen ersten Kriegskriegern zukommt, und die klare Wirkung, die von den Reichstagsdebatten ausgeht, ließen es angezeigt erscheinen, eine gedrängte Zusammenfassung des ganzen Verlaufs der Steuerkämpfe zu geben. Das wichtigste Tatsachenmaterial, das sich in den Steuerdebatten anhäufte, ist in der vorliegenden Schrift zusammengestellt. Der wesentliche Inhalt der neuen Steuergeetze ist wiedergegeben und kritisch beleuchtet. Vor allem aber ist die Haltung geschildert, die die Sozialdemokratie eingenommen hat. Soll in den künftigen großen Steuerkämpfen den Interessen der besitzlosen Massen mehr Rechnung getragen werden, als das durch die ersten Kriegskriegern geschehen, so muß die Wählerchaft über deren Bedeutung und Wirkung aufgeklärt werden. Daran will die Broschüre zu ihrem Teil mitwirken.

Hugo Sindemann, Ueber Begriff und Bedeutung der Kommunalwissenschaft. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Preis M. 2, Vereinsausgabe M. 1,20. Als 18. Heft ist die Eintrittsbeilage von Hugo Sindemann an der Technischen Hochschule zu Stuttgart erschienen, die in kurzen Zügen den Begriff und die Bedeutung der Kommunalwissenschaft erläutert. Noch wichtiger für den praktischen Kommunalpolitiker ist der zweite Teil des Heftes, eine Uebersicht über die kommunalpolitische Literatur, wie sie in gleicher Vollständigkeit bisher nicht existiert. Fast 80 Seiten werden durch diese Zusammenstellung ausgefüllt, eine Zusammenstellung, die in des Wortes vollster Bedeutung ein Führer durch alle Zweige der kommunalpolitischen Literatur ist und besonders unsere praktisch tätigen Genossen, aber darüber hinaus auch jedem Kommunalpolitiker eine unentbehrliche Quelle für die Lösung der gewaltigen Aufgaben ist, die nach Beendigung des Krieges an die Gemeinden heran-treten. Mit der Herausgabe des Heftes hat sich der Verlag ein Verdienst um die deutschen Gemeindeverwaltungen erworben, das hoffentlich allseitige Würdigung finden wird.

„Die Woche“, sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Harms (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Das eben erschienene 24. Heft des 2. Jahrgangs dieser aktuellen Wochenschrift enthält folgende Artikel: Dr. Paul Gensch: Freihandel und englische Welt Herrschaft. Verthold Geymann (Mitglied des württembergischen Landtags): Ein Stück deutschen demokratischen Aufstieges. Hermann Krawinkel: Literatur zur Kontinentalpolitik. H. S. W.: Schulpflichtigkeit und Schulpflichtfrage. Glossen: Der Volksernährungsmann; Der verachtliche Feind; Ich denke an die Zukunft. Die Woche. — Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich M. 2,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 19 des achten Jahrgangs hat unter anderem folgenden Inhalt: Die militärische Erziehung der Jugend. — Die Entwicklung der Nahrung. Von Hans Marchwald. — Eine Heldin. Erzählung von Sapp Dorier. (Schluß.) — Subwig Richter als Graphiker. Von Elfriede Schäfer. (Mit Abbildungen.) — Schöne Fremde. Gedicht von Joseph v. Eichenborff. — Von Wundern, Dürren und stillen Gedanken. Von Carl Diesel. — Aus der Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit.

Ein Jahr sozialdemokratischer Reichstagsarbeit im Kriege. Unter diesem Titel ist eine von Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion herausgegebene Broschüre erschienen, die ein Bild gibt von der Tätigkeit der Reichstagsfraktion in der letzten Session. Die zwei Bogen starke Broschüre kann zum Selbstkostenpreis von M. 6 pro 100 Exemplare vom Parteivorstand bezogen werden.

Vereinstell.

Bericht der Hauptkassc vom 28. August bis 9. September.

Eingekandt wurde: Leipzig M. 400, Berlin 500, Frankfurt a. M. 1000, Elberf 300, Potsdam 50, Kiel 700, Gberfeld 100, Mainz 508, Cassel 800, Wilhelmshafen 100, Cassel 15, Wernburg 15, Meife 45, Naumburg 9,07, Regensburg 100, Breslau 200, Frankfurt a. M. 400.

Material wurde verandt (B = Beitragsmarken): Augsburg 100 B & 120 Pf., Breslau 800 B & 80, 400 B & 100, 800 B & 120. Dören 100 B & 110. Gberfeld 400 B & 120. Weimar 100 B & 80. Würzburg 400 B & 120.

Die Woche vom 17. bis 23. September ist die 28. Beitragswoche. G. Weutter, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 27 des „Correspondenzblattes“ bei.

Kriegsbeschädigter Glasschildermaler.

Für einen kriegsbeschädigten Glasschildermaler (gesunde Hände zur Arbeit notwendig), der unbedingt tüchtig in Zeichnung und Glasschildertechnik ist, bietet sich günstige Stellung in einer Stadt Dänemarks.

Schriftliche Bewerbungen mit Zeichnungsproben an Obermeister Hansen, Hamburg 6.

Jeder Herr

welcher sich schön und billig kleiden will, verlange unsern Katalog Nr. 14 über neue und wenig getragene teils reingewollene sehr preiswerte

Kavaller-Kleidung ohne Bezugsschein.

Anzüge, getrag., von M. 30 aufw. Palotots, Ulster, „ „ 40 „ Hosen „ „ „ 9 „

Außerdem alle billigeren Kleidungsstücke mit Bezugsschein und ist im Katalog genau angegeben, wie weit Bezugsschein erforderlich ist.

Risiko ausgeschlossen. Für Nichtgefallendes gebe Geld zurück!

J. Kalter, Tal 19, München.